



# GESUNDHEITS- POLITISCHER KOMPASS

Rückblick  
ausserordentliche Session  
Mai 2020

EIN SERVICE VON



**MSD**  
INVENTING FOR LIFE

# Einleitung

Vom 4. bis am 7. Mai 2020 haben sich die eidgenössischen Räte zur ausserordentlichen Session, welche ausschliesslich Corona gewidmet war, getroffen. Die Session wurde von der Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga eröffnet. In ihrer Rede hat die Bundespräsidentin deutlich gemacht, dass wir in der Schweiz die grösste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg erleben.

Die Schweiz wurde hart vom Coronavirus getroffen, der sogar die Grundrechte in Gefahr gebracht hat. Denn der Bundesrat hat zur Bewältigung der Krise verschiedene Grundrechte beschneiden müssen: die persönliche Freiheit der Menschen, die Freiheit der Wirtschaft sowie die kantonale Hoheit. Bei den Entscheiden wurde, wie es die Bundesverfassung verlangt, auf die Verhältnismässigkeit geachtet. Ziel der Massnahmen ist es, die Pandemie zu bremsen. Eine erste vorsichtige Bilanz ist positiv und deswegen konnte der Bundesrat Lockerungen einleiten.

Ein Drittel aller Beschäftigten sind in Kurzarbeit und viele Betriebe sind seit Mitte März geschlossen. Der Bundesrat hat mit einer Reihe von Massnahmen versucht, den betroffenen Unternehmen so schnell und so weit wie möglich zu helfen. Im nächsten Schritt gilt es, die Schweiz aus der Krise zu führen.

Aufgrund der Pandemie musste der Bundesrat per Notrecht regieren, aber seit dem 4. Mai ist das Parlament wieder voll in der Verantwortung:

- Die Räte haben in der ausserordentlichen Session das rund 57 Milliarden schwere Corona-Kreditpaket des Bundesrats ohne Kürzungen bewilligt.
- Zusätzliche Ausgaben beschlossen sie für KITAS (65 Millionen) und den Tourismus (40 Millionen).
- Schliesslich haben sie auch diverse weitere Corona-relevante Geschäfte behandelt. Eine Auswahl davon finden Sie auf den nachfolgenden Seiten.

Quellen:

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=48880>  
[https://www.parlament.ch/de/services/news/Seiten/2020/20200506185455850194158159041\\_bsd210.aspx](https://www.parlament.ch/de/services/news/Seiten/2020/20200506185455850194158159041_bsd210.aspx)

# Im Parlament behandelte Geschäfte

<sup>1</sup> 20.3144 Motion	Eingereicht von: Staatspolitische Kommission NR
Gesetzliche Grundlagen zur Einführung der Corona-Warn-App (Corona-Proximity-Tracing-App)	
<sup>2</sup> 20.3168 Motion	Eingereicht von: Staatspolitische Kommission SR
Gesetzliche Grundlagen zur Einführung der Corona-Warn-App (Corona-Proximity-Tracing-App)	
Status: angenommen von beiden Räten → der Bundesrat wird nun ein Gesetz ausarbeiten.	

Der Bundesrat ist aufgefordert, die notwendige gesetzliche Grundlage zur Einführung von Corona-Warn Apps («Corona Proximity Tracing»-Apps) dem Parlament vorzulegen. Es sollen nur technische Lösungen verwendet werden, welche keine personenbezogenen Daten zentral speichern. Die Anwendung der App hat freiwillig zu sein.

Relevant u. a. für Bevölkerung, Gesundheitssystem und Kantone

#### Quellen:

<sup>1</sup> <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203144>

<sup>2</sup> <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203168>

<sup>1</sup> 20.3159 Motion	Eingereicht von: Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates (WAK-S)
Smart Restart	
<sup>2</sup> 20.3133 Motion	Eingereicht von: Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N)
Smart Restart	
Status: angenommen von beiden Räten → der Bundesrat wird nun ein Gesetz ausarbeiten.	

Der Bundesrat wird beauftragt, mit der Änderung der COVID 2 Verordnung einen klaren Plan für die etappierte Rückkehr in die Normalität zu erstellen, der unter Berücksichtigung der epidemiologischen Lage folgende Punkte umfasst:

- Für Branchen, die auch nach dem 11. Mai aus gesundheitspolitischen Überlegungen nicht zurück in den normalen Betrieb können, bezeichnet der Bundesrat Tätigkeiten, welche ab dem 11. Mai von diesen Branchen angeboten werden können (z. B. Fitnesstraining nach Voranmeldung, Verpflegung im Restaurant).
- Schulen, Kinderbetreuungsstätten usw. sollen bis spätestens zum 11. Mai ihren Betrieb wieder aufnehmen müssen.  
Selbstverständlich gelten die Vorschriften des Bundesrats sowie die Branchenkonzepte zur Wahrung der Gesundheit von Mitarbeitenden sowie Kundinnen und Kunden nach Massgabe der Öffnung.

Relevant u. a. für Bevölkerung, Gesundheitssystem und Wirtschaft

#### Quellen:

<sup>1</sup> <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203159>

<sup>2</sup> <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203133>

20.3130 Motion	Eingereicht von: Aussenpolitische Kommission des Nationalrates (APK-N)
<b>Schrittweise Öffnung der Grenzen und Wiederherstellung der Personenfreizügigkeit</b>	
Status: angenommen vom Nationalrat → das Geschäft geht nun an den Ständerat.	

Der Bundesrat wird beauftragt, für die schrittweise Öffnung der Landesgrenzen ebenfalls einen Fahrplan aufzustellen, damit Familien rasch zusammengeführt und die Personenfreizügigkeit wiederhergestellt werden kann.

Relevant u. a. für Bevölkerung und Wirtschaft

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203130>

20.3132 Postulat	Eingereicht von: Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates (WAK-S)
<b>Wirtschaftliche Folgen der Corona-Krise</b>	
Status: Punkte 1 – 3 und 5 angenommen, Punkt 4 abgelehnt vom Ständerat → der Bundesrat wird zu den angenommenen Punkten einen Bericht ausarbeiten.	

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen Bericht zu unterbreiten, der folgende Fragen beantwortet:

1. Welche wirtschaftlichen Auswirkungen (BIP, Beschäftigung, spezifische Branchen, Steuererträge etc.) hatte die Corona-Krise bereits und wird sie voraussichtlich noch haben?
2. Welche wirtschaftlichen Auswirkungen hatten die angeordneten Massnahmen und werden sie voraussichtlich noch haben?
3. Wie hat der Bundesrat bei diesen Massnahmen die Abwägung zwischen gesundheitspolitischem Nutzen und wirtschaftlichem Schaden vorgenommen und wie nimmt er sie aktuell vor?
4. Welche zusätzlichen kurzfristigen Massnahmen oder Änderungen von Massnahmen fasst der Bundesrat ins Auge?
5. Welche mittel- und langfristigen Lehren sollte die Schweiz, sollten Bundesrat und Parlament, aus der Krise ziehen?

Relevant u. a. für Wirtschaft, Bevölkerung, Parlament und Bundesrat

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203132>

20.3135 Postulat	Eingereicht von: Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates (SGK-S)
<b>Auswirkungen der Gesundheitskosten der Pandemie auf die verschiedenen Kostenträger klären</b>	
Status: angenommen von beiden Räten → der Bundesrat wird einen Bericht ausarbeiten.	

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht über die Auswirkungen der Gesundheitskosten der Pandemie auf die Kostenträger (Bund, Kantone, Versicherer und Versicherte) zu erstellen. Zu beleuchten sind:

- die Infrastrukturkosten, welche die Kantone zur Bewältigung der Pandemie tragen müssen;
- die bestehenden und die seit Beginn der Pandemie neu bereitgestellten Kapazitäten der Kantone (Spitalbetten, Intensivstationen usw.) zur Bewältigung von Pandemien;
- die Kosten der gemeinwirtschaftlichen Leistungen, die von den Spitälern für die Pandemieversorgung (Katastrophenschutz) in den Kantonen erbracht werden;
- die Auswirkungen auf die Versicherten und auf die Krankenversicherungsprämien für 2021;
- die Verwendung der Reserven der Krankenkassen.

Relevant u. a. für Bevölkerung, Bund, Kantone und Krankenkassen

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203135>

20.3166 Motion	Eingereicht von: Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates (SGK-S)
<b>Erhöhung der Versorgungssicherheit bei Medikamenten und Impfstoffen</b>	
Status: angenommen vom Ständerat → das Geschäft geht nun an den Nationalrat.	

Der Bundesrat wird beauftragt, mit den Akteuren im Gesundheitswesen ein Inventar der Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Medikamenten und Impfstoffen zu erstellen und auf nationaler und internationaler Ebene Lösungen zu erarbeiten. Insbesondere sollen die Voraussetzungen für eine vermehrte Produktion von Medikamenten und Impfstoffen in der Schweiz oder in Europa geprüft werden.

Namentlich ist die Herausforderung durch den kleinen Heimmarkt Schweiz mit neuen Lösungen wie internationalen Abnahmeverträgen zu adressieren. Ausserdem sind die Lagerbestände des Bundes und der Kantone auszuweiten.

Insbesondere soll der Bundesrat die Erweiterung und Anpassung des Mandats der Armeepothek prüfen, damit sie bei Engpässen die subsidiäre Funktion einer Bundesapothek für zugelassene oder nach Rezeptur hergestellte Arzneimittel übernehmen kann.

Relevant u. a. für Gesundheitssystem, Bund, Kantone und Pharmaindustrie

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203166>

<sup>1</sup> 20.3162 Motion	Eingereicht von: Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates (SGK-S)
<b>Für eine risikobasierte Präventions- und Krisenstrategie zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten</b>	
<sup>2</sup> 20.3165 Motion	Eingereicht von: Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N)
<b>Für eine risikobasierte Präventions- und Krisenstrategie zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten</b>	
Status: angenommen von beiden Räten → der Bundesrat wird nun ein Gesetz ausarbeiten.	

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament im Hinblick auf eine potenzielle zweite Ausbreitungswelle von COVID-19 sowie mögliche weitere Krisen im Zuge des Auftretens neuartiger übertragbarer Krankheiten so rasch wie möglich folgende Berichte und Analysen vorzulegen:

Eine unter Einbezug unabhängiger Expertinnen und Experten der Human-, Bio- und Wirtschaftswissenschaften erstellte erste Analyse der von unterschiedlichen Ländern gewählten Strategien im Kampf gegen COVID-19. Diese Analyse soll insbesondere darlegen, welche Mittel und Massnahmen sich für den Schutz der öffentlichen Gesundheit bei gleichzeitiger Minimierung der wirtschaftlichen und sozialen Schäden als am effektivsten erwiesen haben.

Zur Vorbereitung einer eventuellen zweiten Welle des COVID-19 sollten diese besonderen Massnahmen vom Bundesrat rasch evaluiert und vorbereitet werden:

1. Isolation der Infizierten und umfassender Schutz der Risikogruppen.
2. Prioritäre Beschaffung von zur Pandemiebewältigung in der Intensivmedizin benötigten Medikamenten, Gerätschaften, Schutzmitteln etc. sowie Ausbau der Testkapazitäten.
3. Sicherstellung der erforderlichen Kapazitäten im Gesundheitswesen und der Versorgungssicherheit.
4. Transparentes Monitoring aller relevanten Corona-Fallzahlen, inkl. Genesene, Alter, Vorerkrankungen, Todesursachen etc. sowie Weiterentwicklung des Sentinella-Meldesystems, um zeitnah über konkrete Kenngrössen – anstelle von Hochrechnungen – zu verfügen.
5. Transparentes Monitoring der Auslastung der Spital- und Pflegekapazitäten und der relevanten medizinischen Einrichtungen.

Eine Übersicht zu den organisatorischen, finanziellen und gesetzgeberischen Massnahmen, welche es in gesundheitlichen Krisensituationen ermöglichen, rasch zusätzliche Kapazitäten in den Bereichen der Intensivpflege-Infrastruktur, Akutpflegebetten, von Altersheim und Spitexeinheiten sowie des Pflegepersonals der erforderlichen Qualifikationsstufe zu schaffen. Diese Übersicht sollte auch die langfristigen Investitionen beschreiben, die im Gesundheitswesen nötig sind, um den Mangel an Infrastrukturen und an ausgebildetem Pflegepersonal zu kompensieren.

Eine Liste der für die öffentliche Gesundheit unverzichtbaren medizinischen Diagnose-, Therapie- und Schutzprodukte sowie die Darlegung der auf gesetzlicher und organisatorischer Ebene nötigen Massnahmen zur Schaffung einer ausreichenden inländischen Produktion dieser Produkte. Zudem sollen die durch den Bund zu garantierenden Mindestreserven dieser Produkte und Materialien definiert werden sowie ein Lagerhaltungs- und Verteilungskonzept vorgeschlagen werden.

Eine Strategie zur Unterstützung der Forschung im Bereich der Virologie und Bakteriologie. Erheblicher Finanzierungsbedarf besteht neben der Impfforschung für die Therapieforschung bei Viren und Bakterien, welche der öffentlichen Gesundheit grossen Schaden zufügen können. Ein spezieller Fokus muss dabei auf der Antibiotikaresistenz und den Mitteln zu ihrer Eindämmung (insbesondere der Phagentherapie) liegen.

## Im Parlament behandelte Geschäfte

Eine Standortbestimmung zum schweizerischen Sozialversicherungssystem (AHV/IV/EO, BVG, ALV, EL, Sozialhilfe) unter Berücksichtigung der in der Konsequenz der Corona-Krise zu erwartenden sozialen und ökonomischen Perspektiven sowie Szenarien der zu erwartenden Finanzierungsdeterminanten (Beitragszahlungen und Leistungsansprüche). Auch die Auswirkungen im Bereich des KVG sind zu evaluieren und Massnahmen vorzuschlagen, damit ein allfälliger Corona-bedingter Anstieg der Krankenkassenprämien vermieden werden kann.

Eine ganzheitliche Überprüfung des gesundheitspolitischen Risikomanagements des Bundes, der entsprechenden Regierungsführung (Good Governance, inkl. Führungsgrundsätze, Verantwortlichkeiten, Prozessstrukturen, der Zusammenarbeit der Departemente und der Schnittstellen), speziell unter den Gesichtspunkten der staatspolitischen (insb. Föderalismus) und direktdemokratischen Eigenheiten der Schweiz. [...]

Relevant u. a. für Gesundheitssystem, Bevölkerung, Bund, Kantone, Spitäler, Krankenkassen und Pharmaindustrie

### Quellen:

<sup>1</sup> <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203162>

<sup>2</sup> <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203165>